



Die Ministerin

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/3988

A18

25. Juni 2025

Seite 1 von 1

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 2. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der AfD hat zur o. g. Sitzung um einen schriftlichen Bericht
zum Thema „**Ist Evonik das nächste Unternehmen, das in Einzelteile
zerlegt wird?**“ gebeten.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht mit der Bitte um Wei-
terleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Kli-
maschutz und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

Mona Neubaur MdL

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
poststelle@mwike.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 02. Juli 2025

Seite 1 von 2

„Ist Evonik das nächste Unternehmen, das in Einzelteile zerlegt wird?“
(Berichtsbitte der Fraktion der AfD v. 10. Juni 2025)

Die deutsche Industrie steht vor erheblichen Herausforderungen. Hohe Energiepreise, steigende Produktionskosten, überbordende Bürokratie und zunehmender internationaler Wettbewerb belasten Unternehmen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Geopolitische Spannungen, Handelshemmnisse und instabile Lieferketten erschweren zusätzlich die Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten. Mittlerweile befindet sich das Land im dritten Rezessionsjahr.

Die nordrhein-westfälische Industrie – geprägt durch Grundstoffindustrien und energieintensive Unternehmen – ist hiervon besonders betroffen. Industrien wie die Chemie-, Metall- und Baubranche stehen unter massivem Druck, während die Transformation hin zur Klimaneutralität erhebliche Anfangsinvestitionen erfordert, um eine zukunftsfähige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig sind diese Industrien, als innovativer Ausgangspunkt zahlreicher Wertschöpfungsketten, zentral für den Wohlstand in Deutschland.

Die Landesregierung tritt daher für eine deutliche Senkung der Energiepreise ein. Angesichts der hohen Energiepreise und der wachsenden und nicht planbaren Belastung durch Netzentgelte stehen vor allem energieintensive Branchen unter immensem Druck. Ohne gezielte Maßnahmen drohen Produktionsverlagerungen und ein langfristiger Verlust an Wertschöpfung und Resilienz. Eine Senkung der Energiepreise impliziert auch eine Senkung der Gaspreise, etwa durch die Kostenstreckung oder die Übernahme der Kosten der Gasspeicherumlage aus dem Bundeshaushalt. Dies ist von besonderer Bedeutung für die stoffliche Nutzung, wie etwa in der chemischen Industrie.

Eine zukunftssichere Industrie in Nordrhein-Westfalen ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft Deutschlands, für die technologische Marktführerschaft, aber auch für die Resilienz im Krisenfall. Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steht im Zentrum der nordrhein-westfälischen Politik, um die Wirtschaft zu stärken, vielfach gute, tarifgebundene Industriearbeitsplätze aller Qualifikationsstufen zu

sichern und auszubauen sowie Investitionen in Innovationen und Zukunftstechnologien zu fördern, um damit die Grundlage für eine erfolgreiche nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.

Die Landesregierung befindet sich daher auf allen Ebenen im regelmäßigen Austausch mit zahlreichen Unternehmen unseres Bundeslandes, so auch Evonik. Viele dieser Gespräche sind vertraulich, so dass die Landesregierung zu Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern sowie den individuellen Gesprächsinhalten nicht kommuniziert.

Die Evonik Industries AG baut nach Kenntnisstand der Landesregierung über einen Zeitraum von drei Jahren, also in den Jahren 2024 bis Ende 2026, weltweit 2.000 von rund 32.000 Stellen ab, davon 1.500 in Deutschland inklusive Nordrhein-Westfalen. Dies geschieht nach Aussagen des Unternehmens sozial verträglich und im Einvernehmen mit der Arbeitnehmervertretung. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind bei Evonik bis 2032 ausgeschlossen. Über dieses Programm hinaus sind derzeit nach Aussage des Unternehmens weder die Schließung wesentlicher Betriebe noch Entlassungen geplant.

Evonik könnte nach eigener Aussage Geschäftseinheiten mit insgesamt rund 5.000 Beschäftigten zum Teil oder vollständig an neue geeignete Eigentümer abgeben. Diese Prozesse werden sich nach Unternehmensangaben insgesamt bis ins Jahr 2027 ziehen, der Landesregierung liegen keine Informationen über bereits getroffene Entscheidungen vor.

Parallel investiert das Unternehmen weiter in Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen. Im Falle von Veräußerungen hat Evonik bisher stets höchsten Wert auf die Auswahl neuer Eigentümer gelegt, die den Beschäftigten den Schutz ihrer Arbeitnehmerrechte gewährleisten. Diese verantwortungsbewusste Haltung hat der Konzern in Nordrhein-Westfalen zuletzt beim Verkauf des Standorts Lülsdorf (bei Köln) und des Superabsorber-Geschäfts (Krefeld) erneut unter Beweis gestellt.

Der Konzern hat Ende Mai 2025 seine erneuerte Strategie dem Kapitalmarkt vorgestellt. Ein Mittelfristziel ist die Steigerung des Gewinns (bereinigtes EBITDA) um 1 Milliarde Euro bis ins Jahr 2027. Damit wird Evonik weiterhin über seine Dividenden-Zahlungen einen wichtigen Beitrag zu den Erlösen der RAG-Stiftung beitragen – darüber hinausgehende Aussagen zur Erlösstruktur der RAG-Stiftung können nur durch die Stiftung beantwortet werden.